

**Kommunalwahl 2020**

Wahlprogramm Witten



**#Am 13. September  
DIE LINKE. wählen**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

**DIE LINKE.**  
Witten



## **Für eine soziale, ökologische und solidarische Stadt**

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir wollen kein „Weiter so“, sondern eine grundsätzliche Änderung der Wittener Stadtpolitik,

Wir treten ein für ein gerechtes Sozialsystem und bezahlbares Wohnen. Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie und konsequenten Umwelt- und Klimaschutz – für und gerade auch mit den Menschen in unserer Stadt. Ob mit eigenen Anträgen, der Unterstützung von Bürgeranträgen oder von Bürgerinitiativen: Wir stehen für die Rechte von Arbeitnehmer\*innen, Armen, Unterdrückten und Minderheiten und gegen die tägliche Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir wollen eine Stadt, die vielfältig ist und ein breites kulturelles Angebot bietet. Deshalb kandidieren wir am 13. September 2020 für den Wittener Stadtrat.

Diese Kommunalwahl ist keine Wahl wie jede andere. Durch die Corona-Krise hat sich viel geändert. Abstandsregeln, Veranstaltungen unter Auflagen und Schutzmaßnahmen beim Einkaufen prägen das Bild der Stadt. Es ist deutlich geworden, dass wir rücksichtsvoll miteinander umgehen müssen. Unterstützung brauchen in dieser Zeit insbesondere Arbeitnehmer\*innen, die vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht sind, Beschäftigte mit geringem Einkommen und Hartz-IV-Empfänger\*innen. Sie dürfen nicht die Kosten der Krise tragen. Auch die alten und kranken Mitmenschen müssen weiter gut versorgt werden.

Die Corona-Krise muss Anlass sein, in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik umzusteuern. Wir müssen ein anderes Zusammenleben und Arbeiten entwickeln und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich überwinden.

Wir sehen, wie hart diese Krise viele Menschen getroffen hat. Deshalb müssen wir uns jetzt besser auf Krisen vorbereiten. Wir befinden uns bereits in einer weiteren Krise, der sich kontinuierlich verschärfende Klimakrise. Wir brauchen in Witten schnelle und wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel. Das bisherige Schnecken-tempo muss ein Ende haben. Und mit dem Artensterben sehen wir die nächste Krise auf uns zukommen.

Die Stadt Witten darf nicht Bremser beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Sie muss jetzt konkrete Maßnahmen zur Verhinderung von Krisen ergreifen und die Auswirkungen der jetzigen Krisen begrenzen!

Das Leben in Witten muss für alle sicher, angenehm und bezahlbar sein. Dazu gehören saubere Luft, ausreichend Ruhe und Grünflächen in der Stadt. Um dies alles zu erreichen, müssen die Stadtfinanzen auf eine solide Grundlage gestellt werden. Dafür sind in erster Linie der Bund und das Land NRW verantwortlich. Das heißt auch: Ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz muss her.

Unsere Punkte für ein soziales, ökologisches und solidarisches Witten stellen wir hiermit vor. Alle Menschen in Witten sind herzlich eingeladen, mit uns zusammen für mehr Soziales, mehr Klimagerechtigkeit und ein friedliches Zusammenleben in Witten aktiv zu werden. Wir freuen uns über weitere Anregungen.

**Auf geht's – viel Freude beim Lesen und beim Mitgestalten!**

**EINE STADT  
FÜR ALLE**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**



**DIE LINKE.**  
**Witten**





◀ 1. Die konjunkturellen Einbrüche der Wirtschaft aufgrund der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Ausfälle von Gewerbesteuern und Einkommensteuern reißen tiefe Löcher in die kommunalen Finanzen. In 2020 können in Witten so zusätzliche Einnahmeausfälle von bis zu 50 Millionen Euro entstehen.

Diese Summen können nicht durch weitere Einsparungen in der Stadtverwaltung aufgefangen werden. Das Land NRW und die Bundesregierung sind aufgefordert, die notwendigen Aufgaben der Kommunen ausreichend zu finanzieren. Die Finanzen in Witten müssen auf neue Grundlagen gestellt werden.

**Solidarität  
statt  
Kapitalismus.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Die Altschulden müssen vollständig von Land und Bund übernommen werden! Die laufenden Ausgaben müssen vollständig gegenfinanziert werden, soweit sie aufgrund von Landes- oder Bundesgesetzen erfolgen. Dies wird als Konnexität bezeichnet.

Um die verfassungsrechtlich begründete Konnexität zwischen der Zuweisung von Aufgaben an die Stadt Witten und deren vollständiger Finanzierung einfordern zu können, fordern wir, dass jährlich ein Bericht darüber erstellt wird. So kann dargelegt werden, welche Finanzlücken von Bund und Land produziert worden sind.

DIE LINKE. lehnt den Stärkungspakt Stadtfinanzen des Landes NRW weiterhin konsequent ab. Der Stärkungspakt schafft keine Entlastung der städtischen **Finanzen**, sondern stürzt die

Kommunen durch seine finanziellen Forderungen weiter ins Elend. Witten ist aufgefordert, zur Abschaffung des Stärkungspaktgesetzes aktiv zu werden statt sich ihm zu beugen. Land und Bund müssen die Kommune mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten.

Die Stadt selbst kann Verbesserungen der städtischen Einnahmen durch die Erschließung neuer Einnahmen erreichen. Hierzu gehören Forderungen an die Bundesregierung zur Einführung einer Millionärssteuer oder die Erhöhung der städtischen Vergnügungssteuer, um höhere Abgaben auf Spielhallen herbeizuführen. Der LINKE Antrag zur Einführung der Wettbürosteuer war erfolgreich. Diese Einnahme sollte weiter ausgebaut werden. Ihre Lenkungswirkung begrüßen wir nachdrücklich.

Weiterhin fordern wir die Einstellung von städtischen Gewerbesteuerprüfer\*innen. Aufgrund der Sparpolitik in diesem Bereich gehen den öffentlichen Haushalten große Summen verloren. Beispiele aus anderen Kommunen zeigen, dass die zusätzlichen Einnahmen durch die Gewerbesteuerprüfer\*innen weit über ihrem Gehalt liegen. So konnten bereits sechsstellige Beträge zusätzlich als Einnahmen generiert werden. Nur durch die Einhaltung der Steuergesetze könnte Witten so die Einnahmen erhöhen.

Die Erhöhung der Hundesteuer zur Verbesserung der städtischen Einnahmen lehnt DIE LINKE. als sozialdiskriminierend ab. Wir fordern eine Reduzierung der Hundesteuer auf den Stand von 2012!

Um die schwarze Null zu erreichen und die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes NRW zu erfüllen, hat die Koalition aus SPD und CDU in Witten drastisch bei der Verwaltung eingespart und die Gewerbesteuer sowie Grundsteuer B massiv erhöht. Die Grundsteuer B beträgt jetzt 910 Prozentpunkte. Witten lag damit 2019 landesweit auf Platz 4. Die Grundsteuer B wird in der Regel von den Hausbesitzer\*innen an die Mieter\*innen weiter gegeben. So wird die Konsolidierung der städtischen Finanzen auf einkommensschwache Mitbürger\*innen abgewälzt. DIE LINKE. fordert daher eine Senkung der Grundsteuer B.

Um Grund und Boden im öffentlichen Eigentum zu behalten, lehnt DIE LINKE. den weiteren Verkauf städtischer Grundstücke ab. Wenn überhaupt, sollen Grundstücke nur in der Form eines Erbbaurechts für Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Es ist wichtig, dass auch künftige Generationen noch über **öffentlichen** Grund und Boden verfügen können.



Die Beteiligung der Stadtverwaltung an Wetten zu internationalen Finanzkennziffern, sogenannte Derivatgeschäfte, lehnt die DIE LINKE. Witten weiter ab. Die Swapgeschäfte mit dem Schweizer Franken und andere Derivate müssen beendet werden und bleiben. Wir fordern eine Finanzierung der Stadt ohne Wetten, Swaps und Derivate! Die Risiken dieser Finanzierungsformen sind für eine Stadtverwaltung nicht zu überblicken.

◀ 2. Aufgrund der Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes ist das Personal der Stadtverwaltung immer weiter reduziert worden. Dies darf so nicht weitergehen! Für die vielen Aufgaben brauchen wir mehr Personal!

Die Arbeitsbedingungen in der Verwaltung müssen gut und sicher sein. Hier werden wichtige Dienstleistungen für die Menschen in unserer Stadt erbracht.

Insbesondere das Personal im Planungsamt und im Bereich der Jugendhilfe muss dringend aufgestockt werden. Umweltschutz und Kindeswohl fallen nicht vom Himmel.

Die städtischen Reinigungsdienstleistungen sollen ausnahmslos durch städtische Angestellte erbracht werden. Die bereits vorgenommenen Privatisierungen der Reinigungskräfte werden rückabgewickelt.

Überzogene Nachforderungen von Auftragnehmern bei größeren Bauprojekten sind für die Kommunen ein Problem. Diese Nachforderungen können beispielsweise dadurch entstehen, dass Baufirmen an Bauverzögerungen entscheidend beteiligt sind und dann den Städten hohe Beschleunigungs- und Nachtragszahlungen in Rechnung stellen. Um sich gegen trickreiche Bauunternehmer angemessen wehren zu können, fordern wir, dass die Stadt Witten in Fachleute zum Anti-Claim-Management investiert.

◀ 3. Öffentlich-Private Partnerschaften (**Public Private Partnership, PPP**) kamen auf, als klassische Privatisierungen zunehmend in die Kritik gerieten. Dabei handelt es sich um Verträge, deren Ziel darin besteht, öffentliche Aufgaben bzw. öffentliches Eigentum auf Private zu übertragen. Gleichzeitig sollen die vertraglichen Risiken überwiegend von der öffentlichen Hand getragen werden, während die private Vertragspartei in der Regel mit garantierten Einnahmen rechnen kann. Für Kommunen sind dies schlechte Geschäfte. DIE LINKE lehnt PPP ab.

◀ 4. **Faire Löhne, gute Arbeit und Gerechtigkeit** –

das sind unsere Vorstellungen von einer sozialen Stadt Witten. Aber was heißt das eigentlich: Gute Arbeit?

Wir wollen, dass die Menschen in unserer Stadt von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen, dass es keine Betriebe in Witten gibt, in denen Tarifverträge keine Anwendung finden. Für uns ist klar: Städtische Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die einem Tarifvertrag unterliegen und durch Betriebsräte mitbestimmt werden. Für uns steht es außer Frage, dass eine Person, die 40 Std. in der Woche arbeitet, so viel Lohn erhält, dass sie danach nicht beim Jobcenter aufstocken muss. Die Allgemeinheit darf nicht zur Kasse gebeten werden, nur weil sich Unternehmen gesund stoßen wollen. Ein Mindestlohn von 13 Euro für alle ist eine wirksame Möglichkeit, Ausbeutung vorzubeugen.

**Kein Lohn  
unter 13 Euro.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Mitbestimmung und die Stimme der Belegschaften haben unsere Region sich so erfolgreich entwickeln lassen. Wir wollen, dass dies wieder das Modell ist, das in allen Unternehmen Anwendung findet. Es kann nicht sein, dass es mitbestimmungsfreie Zonen in Witten gibt. Öffentlich und transparent werden wir in Zukunft die Diskussion führen, welche Arbeitgeber gemeinsam mit Belegschaften und Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten.



Für die Beschäftigten der Stadt Witten, einschließlich der Reinigungskräfte, wollen wir faire Löhne. Klar ist auch: Die Ausbildung junger Menschen und die unbefristete Übernahme im Anschluss an die Berufsausbildung bei der Stadt Witten muss ausgebaut werden. Von guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen profitieren alle: Nur wer Geld verdient, kann es auch ausgeben. Nur wer genug Freizeit hat, kann diese zum Shoppen, Flanieren und Sonstigem in Witten nutzen.

Die Möglichkeiten für Sonntagsöffnungen im Einzelhandel lehnen wir ab. Ohne Not wird dem Verkaufspersonal die Zeit am Wochenende genommen, eine Zeit, die für Beschäftigte wichtig für die Erholung, den sozialen Kontakt mit Freunden und der Familie, für Muße oder für die Ausübung einer Religion ist.

An sechs Tagen in der Woche kann eingekauft werden. Dies sollte ausreichen.

Die Gefährdung der Wittener Innenstadt wird eher durch die Renditeerwartungen von Großinvestoren ausgelöst, wie jetzt im Fall der Schließung von Galeria Kaufhof/Karstadt deutlich wird.

Es ist an der Zeit zu überlegen, wie mit weniger Waren unser Wohlstand erhalten werden kann. Die Ressourcen der Erde sind endlich. Statt immer neue Waren zu produzieren, sollte die Stadt Witten Initiativen unterstützen, die gebrauchte Geräte reparieren und gebrauchte Kleidung neu anbieten.

◀ 5. Auch aufgrund der Corona-Epidemie stieg die Arbeitslosenquote im Juni 2020 auf 8,6 %. Dies ist ein sehr hoher Wert.

Die Stadt Witten soll sich weiterhin beim kreiseigenen Jobcenter EN einsetzen, dass arbeitslose Menschen in den Beratungsgesprächen in ihren Kompetenzen gestärkt und moralisch unterstützt werden. Psychischen Erkrankungen aufgrund von Arbeitslosigkeit soll das Jobcenter EN aktiv mit Hilfe geeigneten Förderstrategien vorbeugen.

**Zukunft  
in Armut  
verhindern.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

DIE LINKE. fordert, dass die Stadt Witten und der Kreistag Ennepe-Ruhr sich aktiv für die Abschaffung des Hartz IV-Systems einsetzen. Sanktionen gegenüber Hartz-IV-Bezieher\*innenn sind abzulehnen. Die Hartz- IV-Leistungen liegen bereits im Normalfall unter der Armutsgrenze. Sanktionen, die diese geringen Leistungen weiter kürzen, sind nicht hinnehmbar. Die Stadt soll sich zudem für ein Sanktionsmoratorium einsetzen.

Durch geeignete Maßnahmen sind drohende Strom- und Gassperren für Bezieher\*innen von Hartz IV zu verhindern. Ein Sozialtarif für Strom und Gas für arme Bürger\*innen soll von den Stadtwerken ein geführt werden.

Als Vorbild soll die Stadt Witten und die mit ihr verbundenen Unternehmen Ausbildungs- und Praktikumsplätze für Geflüchtete schaffen, um ihre Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt zu fördern.

Für Menschen mit einem niedrigen Einkommen, welches vergleichbar mit Hartz IV ist, wird ein Sozialpass eingeführt. Er ermöglicht auf einfache Weise die kostenreduzierte Teilnahme an den Angeboten der VHS, Musikschule, der Eisbahn auf dem Weihnachtsmarkt etc.

◀ 6. Die hohen Gehälter des Vorstands der Sparkasse in Witten stehen in einem krassen Missverhältnis zu dem sozialpolitischen Auftrag der Sparkassen. Die Vorstandsmitglieder der Sparkasse Witten erhalten Gehälter, die höher als das Gehalt der Bundeskanzlerin sind.



Dies ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern ein finanzieller und sozialpolitischer Skandal. Das Gehalt eines Kämmerers der Kommune wäre für einen Sparkassenvorstand völlig ausreichend, da der Grad des Arbeitsaufwands und der Verantwortung vergleichbar sind.

Als städtische Tochter beteiligt sich die Sparkasse Witten seit Jahren nicht an der finanziellen Unterstützung für die klamme Kommune. Es ist einfach nur erstaunlich, dass für die Gehaltszahlungen ausreichend Mittel da sind, aber nicht für die finanzielle Unterstützung der Stadt Witten.

In der jetzigen Nullzinsphase ist es wirtschaftlich für die Sparkasse schwierig. Es darf aber nicht dazu führen, dass die Gebühren für die Kund\*innen überdimensional erhöht werden. Das jetzige Personal und das dezentrale Filialnetz der Sparkasse müssen erhalten bleiben!

◀ 7. Die **sozialen Leistungen** und Einrichtungen der Stadt Witten sollen erhalten und ausgebaut werden. Soziale Leistungen sollen unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und Migrationshintergrund gewährt werden.

Die bestehenden **Krankenhäuser** in Witten sollen erhalten bleiben. Nur so kann eine wohnortnahe gute medizinische Versorgung gewährt werden.

Die Zahl der psychisch Erkrankten steigt stetig an. Nicht nur der Leistungsdruck in Schulen und in der Arbeit wächst. Zusätzlich belastet viele Menschen die Bewältigung von Krisen, wie jetzt die Coronakrise. Die Stadt Witten soll daher noch einmal in Verhandlungen mit dem Land eintreten, um die Versorgung mit psychiatrischen Betten in Witten zu erreichen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die größte Stadt im Ennepe-Ruhr-Kreis keine **stationäre psychiatrische Versorgung** hat. Allen Erkrankten hilft es, regelmäßigen Kontakt mit Angehörigen und Freund\*innen zu haben. Je kürzer der Weg ist, umso leichter können Kontakte gepflegt werden.

**Barrieren  
abbauen.  
Teilhabe  
ermöglichen.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Zudem müssen auch die Angebote für die ambulanten sozialpsychiatrischen Hilfen ausgebaut werden.

Menschen mit Behinderungen sollen in der Stadt mitreden. Wir schlagen einen **Inklusionsbeirat** vor. Hier sollen Menschen mit unterschiedlichem Unterstützungsbedarf eigenständig ihre Forderungen an die Stadt Witten formulieren. Sie sind ähnlich wie der Seniorenbeirat an den parlamentarischen Beratungen zu beteiligen. Sie sollen durch die Integrationsbeauftragte der Stadt Witten unterstützt werden.

◀ 8. Die **Schulen** sollen für alle wohnortnah und gut erreichbar eingerichtet werden. Die zwei bestehenden Gesamtschulen in Witten sollen erhalten bleiben. Die geplante dritte Gesamtschule in der Innenstadt wird von der Partei DIE LINKE. begrüßt.

Kinder und Jugendliche sollen inklusiv beschult werden. Vom Umgang mit behinderten Menschen profitieren alle, Menschen mit und ohne Behinderungen. Das aktuell von der Landesregierung beschlossene Gesetz zur Unterstützung bei baulichen Umbaumaßnahmen und der Einstellung von Integrationshelfern (Schulbegleitung) reicht bei weitem nicht aus. Die Schulen sollen in Mitspracherecht erhalten, ob ein Integrationshelfer eingestellt wird.

Aufgrund fehlender Haushaltsmittel ist in den letzten Jahren beschlossen worden, Kinder mit einem Wohnsitz außerhalb Wittens bei der Aufnahme in Wittener Schulen zu diskriminieren. Dies lehnen wir ab. Die Aufnahme an einer Schule sollte von der Länge des Schulwegs und dem Wunsch der Eltern abhängen.



**Schulen  
sanieren.**

**Kitas  
ausbauen.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Der finanzielle Ausgleich für die Beschulung der Kinder muss durch eine Änderung des Schulgesetzes im Landtag NRW ermöglicht werden. Dafür wird sich DIE LINKE. einsetzen.

Die technische Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien muss stark verbessert werden, ebenso der Standard der hygienischen Einrichtungen. Die Coronakrise hat diese Defizite klar aufgezeigt.

Wir fordern mehr Sozialarbeiter\*innen und Integrationshelfer\*innen an den Schulen. Nur so können Konflikte an Schulen entschärft werden. Ihre unbefristete Einstellung ist für uns selbstverständlich.

◀ 9. Auch in Zeiten knapper Kassen sollen die **kulturellen Angebote** weiter erhalten bleiben. Kultur lehrt die sinnliche Auseinandersetzung des Einzelnen mit der Welt. Experimentell können Utopien, Wünsche und Probleme von Einzelnen oder Gruppen aufgezeigt werden. Insbesondere durch die Förderung von künstlerischen Projekten, die der Diversität unserer Gesellschaft entsprechen, kann für alle Bürger\*innen das Zusammenleben besser, schöner und sicherer gestaltet werden.

Aufgrund der zu geringen Ausstattung mit Eigenkapital kann das Kulturforum als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) langfristig nicht eigenständig bleiben. Um ein gutes Kulturangebot und die Arbeitsplätze im Kulturforum langfristig zu sichern, sollte die AöR aufgelöst und als eigenständige Abteilung in die Stadtverwaltung eingegliedert werden. So wäre auch eine bessere demokratische Mitbestimmung durch die Bildung eines Kulturausschusses möglich.

Die aufgrund des Spardrucks immer weiter in die Selbständigkeit gedrängten Musiklehrer\*innen können wieder „normal“ angestellt werden.

Die Entgelte für Leistungen der Musikschule müssen gesenkt werden, damit auch Kinder und Erwachsene aus einkommensschwachen Familien am Unterricht teilnehmen können.

Ein großes Kapitel stellt die weitere Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit dar. Die Diskussion um die Restitution des Bildes „Zirkusreiter“ von Max Pechstein muss weiter geführt werden. Die Geschichte des Bildes im Märkischen Museum, die Geschichte des jüdischen Kunsthändlers Alfred Flechtheim und die Ansprüche der Erben der Familie Flechtheim müssen dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch wenn das Bild zurzeit noch im Besitz des Märkischen Museums ist, darf dieser Teil seiner Geschichte nicht vergessen werden.

DIE LINKE. wird sich für ein Projekt zum Thema Antifaschismus/Antirassismus in der Stadt Witten einsetzen. Gemeinsam mit städtischen Einrichtungen und freien Initiativen soll zur Stadtgeschichte geforscht werden. Welche Spuren hat die Zeit des Nationalsozialismus in Witten hinterlassen? Wie können Geschichten vom Widerstand gegen die Nazis besser dokumentiert werden? Wie gehen wir heute mit Rassismus in Witten um? Welche Präventionsmaßnahmen sind sinnvoll?

Die Freie Kulturszene in Witten gestaltet mehr und mehr das kulturelle Leben in der Stadt. Dieser Entwicklung muss entsprochen werden und die Fördergelder für Projekte der Freien Szene entsprechend angepasst werden. Im Moment beträgt die Fördersumme für die Freie Szene 12.500 . Das sind ca. 0,2 % des Kulturetats. DIE LINKE. setzt sich für eine Anhebung auf 2 % des Kulturetats ein.

Die Erprobung der Förderrichtlinien des Kulturforums soll mit Vertreter\*innen der Freien Szene ausgewertet und diese gegebenenfalls modifiziert werden.



Das älteste Haus in Witten soll im Eigentum der Stadt Witten bleiben. Die Stadt Witten soll das Haus Herbede nicht verkaufen und zum Hotel umbauen lassen. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat es in den 80'er Jahren aus archäologischen Gründen untersucht. Jahrelang ist es vom Ennepe-Ruhr-Kreis und der Stadt Witten in Stand gehalten worden. Jetzt wird es als Hotelstandort privatisiert. Dieser Umgang mit der eigenen Geschichte ist nicht angemessen!

◀ **10. Umfassende Demokratie ist ohne Transparenz nicht vorstellbar.** Hier hat Witten erhebliche Defizite.

Wir fordern weiterhin: Sitzungen des Wittener Rats müssen per Livestream im Internet übertragen werden. Dies ist z. B. in Wuppertal bereits selbstverständlich. In Witten haben SPD und CDU jeden Antrag dazu abgelehnt. Gerade alte und kranke Menschen müssen die Möglichkeit haben, so unproblematisch Ratssitzungen verfolgen zu können.

Wir wollen, dass die Niederschriften der Sitzungen des Rates und der Ausschüsse das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen und fraktionslosen Ratsmitgliedern erkennen lassen. Dies hat sich in anderen Städten seit Jahren bewährt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Verwaltungsvorlagen für den Rat und die Ausschüsse sprachlich so gestaltet werden, dass sie für jede Person verständlich sind. Sofern die Verwendung von Fachbegriffen, Fremdwörtern und Abkürzungen erforderlich ist, sind diese entsprechend zu erläutern.

Das Umweltinformationsgesetz sieht eine aktive Informationspflicht vor, um die Bevölkerung über den Zustand der Umwelt zu informieren. Die Stadt Witten weigert sich seit Jahren, diese gesetzliche Pflicht umzusetzen. DIE LINKE. fordert, dass Informationen über den ökologischen Zustand Wittens von der Kommune kontinuierlich im Internet bekannt gemacht werden.

**Transparenz**

**Wann, wenn nicht jetzt?**

**Gerechtigkeit wählen!**

**Wann, wenn nicht jetzt?**

Der Haushalt der Stadt Witten ist weder für die Bevölkerung noch die Ratsmitglieder lesbar. Während andere Städte im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements detailliert Ziele, Messzahlen, Kennzahlen und Berichte darstellen, erfüllt der Wittener Haushalt diese Anforderungen in weiten Teilen nicht. Alle Anträge von DIE LINKE., für einzelne Produkte sinnvolle Ziele, Messzahlen und Kennzahlen zu entwickeln, um die Produkte steuern zu können, sind von SPD und CDU abgelehnt worden. Auch die jährlichen Erfolgsberichte werden nicht verfasst. Damit entzieht sich der Haushalt der Steuerung durch den Rat und der Mitwirkung der Bevölkerung. Wir fordern daher die Entwicklung und Darstellung eines Haushalts, der eine umfassende Partizipation der Wittener Bevölkerung und der Ratsmitglieder ermöglicht.

Verwaltungsvorlagen sind immer noch fast ausschließlich einseitig auf rein betriebswirtschaftliche Aspekte ausgerichtet. Die Darstellung der Auswirkungen auf das Klima erfolgt nur unvollständig und widerwillig. Für eine seriöse Entscheidungsfindung müssen auch die volkswirtschaftlichen, sozialen und alle relevanten ökologischen Folgen ermittelt werden.

Für Bürgerinitiativen oder finanziell schwache Verbände und Gruppierungen, z.B. aus dem Sozial- oder Umweltbereich, stellen die Wittener Gebühren für Sondernutzungen eine schwer zu überwindende Hürde dar, um die Bevölkerung z.B. mit Hilfe von Ständen zu informieren. Wir fordern die ersatzlose Streichung der Gebühren für diese Gruppen.



◀ 11. In Witten leben Menschen mit über einhundert verschiedenen Nationalitäten. Hinzu kommen die Menschen, die sich zu vielen unterschiedlichen Religionen bekennen. Geflüchtete müssen in Witten willkommen geheißen und bestmöglich versorgt werden. Diese Vielfalt bereichert unser Gemeinwesen. DIE LINKE. setzt sich konsequent für ein **tolerantes Zusammenleben aller Wittener** ein.

Die rechte Propaganda zur Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen oder einzelner Religionen bspw. von AfD, NPD und Pro NRW wird von uns aktiv bekämpft!

Die Stadt Witten darf keine Leiharbeitskräfte für die Betreuung von Geflüchteten einsetzen. Dies ist eine wichtige Integrationsarbeit. Die Kräfte müssen dauerhaft für diese Arbeit eingestellt werden. Um die Geflüchteten besser in Witten zu integrieren, richtet die Stadt Witten zusätzliche Praktikums- und Ausbildungsplätze für sie ein.

**Gemeinsam  
gegen  
Rassismus.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

◀ 12. **Antifaschismus** ist eine Grundhaltung der Partei DIE LINKE.

**Nazis  
entgegen  
treten.**

**Immer und  
überall!**

Wir bekämpfen Rechtsextreme und Rechtspopulist\*innen in den parlamentarischen Gremien, unabhängig davon, ob sie offen auftreten oder vorgeben, bürgerliche Politiker\*innen zu sein. Für sie darf es keine Akzeptanz geben.

Wir beteiligen uns aktiv in demokratischen Bündnissen, arbeiten in Bürgerbewegungen und -initiativen mit Menschen zusammen, die sich gegen extreme Rechte und Rechtspopulismus engagieren. Wir unterstützen Demonstrationen und Aktionen gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Organisationen und ihre Veranstaltungen. Es muss klar sein, dass sie in Witten unerwünscht sind.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus und dessen Opfer dürfen nicht vergessen werden. Dies ist umso wichtiger, da es immer weniger

Zeitzeugen gibt, die über ihre Erfahrungen berichten können. Gedenkveranstaltungen, Vorträge zu den Schrecken der nationalsozialistischen Zeit in Witten und die Verlegung von Stolpersteinen sind wichtige Elemente, um die Erinnerung wach zu halten. Wir setzen uns für die Unterstützung und den Ausbau dieser Aktivitäten ein.

◀ 13. **Die Stadt gehört allen!** Wir wollen keine Diskriminierung im öffentlichen Raum, sondern ein soziales und weltoffenes Witten. Deshalb fordern wir die sofortige Änderung der Wittener Ordnungsverordnung, die ein weitgehendes Bettelverbot in der Stadt beinhaltet.

Zudem muss der Rat der Stadt Witten endlich beschließen, dass Straßenmusiker\*innen in Witten problemlos und unbürokratisch auftreten können. Was in anderen Städten seit Jahren zu einer lebendigen Stadt mit Straßenkultur gehört, wird in Witten immer noch unterbunden.

◀ 14. Als Querschnittsthemen sind die Gleichstellung von Mann und Frau und **Gender Mainstreaming** in allen Politikbereichen zu beachten. Soziale Rollenbilder sollen unabhängig von Geschlechterstereotypen geformt werden. Diese Konzepte sind mit dem neuen Ansatz des Divers zu ergänzen. Die Ansprache in allen offiziellen Briefen, Vorlagen und Anträgen soll auch sprachlich diese Differenzierung widerspiegeln.



**Frauen haben  
mehr verdient!**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Die Stadt soll sich aktiv an Programmen zum Abbau geschlechtsspezifischer Berufsbilder beteiligen, um Mädchen und junge Frauen auch für Männerberufe zu begeistern. Auch die Jungen sollen sogenannte Mädchenberufe kennenlernen. Die diverse Orientierung soll in die Arbeit mit aufgenommen werden.

Ambulante Hebammen sind durch geeignete Maßnahmen in ihrer Berufsausübung zu unterstützen.

Einrichtungen zum **Schutz von Frauen gegen Gewalt** sollen von der Stadt Witten aktiv unterstützt werden. Die Frauenberatung EN und das Frauenhaus sollen mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

In der Verwaltung sollen familienfreundliche Arbeitsstrukturen eingerichtet werden. Die Stadt soll ein Vorbild in Bezug auf Gleichstellung aller sexuellen Orientierungen und der Beachtung des Gender Mainstreaming für die privaten Arbeitgeber darstellen.

◀ 15. Der verantwortungsvolle Umgang mit **Kindern und Jugendlichen** ist eine Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft in unserer Stadt.

Kinder und Jugendliche benötigen Schutz und Freiräume. Frei- und Grünflächen sollen für zwanglose Treffpunkte und Lernorte für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben. Zusammen mit dem Kinder- und Jugendparlament sollen Flächen geplant und gestaltet werden. DIE LINKE. hat sich in der Vergangenheit gegen die Schließung von Bolzplätzen ausgesprochen. Aber auch „Wildflächen“ zum Selbsterobern müssen zur Verfügung gestellt werden. In Wohnsiedlungen sollen Straßenflächen konsequent so angelegt werden, dass Kinder und Jugendliche dort gefahrlos spielen können.

Die jetzt noch vorhandenen auch dezentralen Spielplätze sollen erhalten und verschönert werden!

In den letzten Monaten wurde wiederholt von auffälligem Verhalten von Jugendlichen auf dem Rathausplatz berichtet. Jugendliche brauchen auch Räume, um sich auszuprobieren und Grenzen kennen zu lernen. Falls eine Jugendszene diese allgemein akzeptierten Regeln beim Zusammenleben bewusst überschreiten will, zeigt dies einen besonderen Unterstützungsbedarf. Es sollten daher speziell ausgebildete Streetworker eingesetzt werden, um im engen Kontakt mit den Jugendlichen die Situation zu verbessern. Eine Videoüberwachung von Jugendlichen, wie für den Rathausplatz vorgeschlagen, bringt keine Verbesserung. Falls keine eigenen Kräfte verfügbar sind, sollten dafür erfahrene und spezialisierte Jugendhelfer beauftragt werden. Sie können im Dialog mit den Jugendlichen die Regeln des friedlichen Zusammenlebens für alle transparent und erfahrbar machen.

Um ein dauerhaftes Einvernehmen zu schaffen, benötigen wir keine Polizeieinsätze, sondern Verständnis füreinander.

◀ 16. **Sport** leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. Dies gilt besonders für den Breitensport. Gerade für Geflüchtete leisten Sportvereine einen wichtigen Beitrag zur Integration. Dies wollen wir erhalten und weiter ausbauen.

**Mehr  
Jugendzentren,  
Bolzplätze  
und Skateparks.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**



Kommunale Sportstätten müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf aus- oder neugebaut werden. Die Schließung und den Abbau von Sportplätzen lehnen wir ab.

Sport muss ökologischen Ansprüchen genügen. Das gilt auch für den Bereich Mountainbiking. Wir wollen, dass ein Gesamtkonzept für Mountainbiking in Witten entwickelt wird. Darin werden die bereits bestehenden „wilden“ Strecken auf ihre Verträglichkeit untersucht und auf Karten verzeichnet. „Wilde“ Strecken, die den Festlegungen des Flächennutzungsplans oder anderer Pläne widersprechen, werden stillgelegt. Die wertvollen Waldbereiche am Hohenstein dürfen durch die Planungen nicht negativ beeinträchtigt werden. Das Konzept hat bei Vorliegen eines Bedarfs die Entwicklung nichtkommerzieller, kostenloser Mountainbike-Strecken für Jugendliche zum Gegenstand. Eine Ausweitung der geplanten Aktivitäten insbesondere hin zu Wettbewerben, Verkaufsstellen und Stellplätzen muss ausgeschlossen werden.

## ◀ 17. Wohnen ist ein Menschenrecht!

Alle Wittener Bürger und Bürgerinnen sollen die Möglichkeit haben, bedarfsgerecht und preiswert zu wohnen. Dazu gehört auch die Förderung von gemeinschaftlichen und nachbarschaftlichen Wohnformen. Die städtische Siedlungsgesellschaft könnte dies in den eigenen Häusern initiieren. Städtische Grundstücke könnten im Erbbaurecht für diese Wohnformen vergeben werden.

Um ausreichend Grundstücke für sozialen Mietwohnungsbau zur Verfügung zu haben, werden diese in zukünftigen Flächennutzungsplänen der Stadt Witten bevorzugt ausgewiesen. Einer Ghettoisierung von Menschen in bestimmten armen Stadtteilen wird so vorgebeugt.

Das vom Rat der Stadt Witten verabschiedete Handlungskonzept Wohnen wird den wohnungspolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. So wird der Bedarf an Sozialwohnungen in den nächsten Jahren in Witten nicht ausreichend berücksichtigt. Durch die verstärkte ungleiche Verteilung von Reichtum und angesichts der immer größer werdenden Zahl von Bürger\*innen, die auf Hartz IV, Grundsicherung und Aufstockung angewiesen sind, fordert DIE LINKE., dass in Witten bis 2030 nur noch Sozialwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung ausgewiesen und erstellt werden. Wir verlangen, dass nur noch an Klima und Umwelt angepasste Wohnungskonzepte gefördert und realisiert werden.

Zudem ist es notwendig, in der Stadtverwaltung ein eigenes **Amt für Wohnen und Stadtteilentwicklung** einzurichten, in dem verschiedene Aufgaben im Bereich Wohnen gebündelt und die Entwicklungen der Stadtteile koordiniert werden. Es soll für Wohnimmobilien, für die kommunale Vermittlung von Wohnungen und die Entwicklung von altersgerechten Wohnformen zuständig sein. Weiterhin sollen hier die Wohnungsaufsicht, die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen und das Leerstandsmonitoring organisiert werden. Eine zentrale Fachstelle für Wohnungslosenhilfe sollte hier ebenfalls eingerichtet werden. Das Amt soll auch die Wittener Stadtteile beobachten und frühzeitig planerische Anstöße geben, um Fehlentwicklungen zu verhindern.

Angesichts steigender Mieten und der Entlassung von Sozialwohnungen aus der Sozialbindung kommt der Siedlungsgesellschaft Witten als gemeinnütziger Trägerin der kommunalen und sozialen Wohnungsversorgung eine herausgehobene Bedeutung zu. Sie hat die Möglichkeit, bezahlbaren und guten Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. Dabei kann sie ein Gegengewicht zu privaten Wohnungsbaugesellschaften darstellen. Daher gilt es, die Siedlungsgesellschaft Witten mbH zu stärken. Wir wollen die Siedlungsgesellschaft Witten dazu befähigen und durch geeignete Instrumente darauf verpflichten, ihrem sozialen und ökologischen Auftrag nachzukommen.

Das Baurecht erlaubt für Wohngebiete, in denen die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gefährdet ist, Soziale Erhaltungssatzungen zu erlassen.





Alteingesessene Mieter\*innen mit kleinem Einkommen und lang gelebte Nachbarschaften werden so gefährdet. Finanziell schwächere Mieter\*innen können es sich oft nicht leisten, in den dann teuer „sanierten“ Wohnungen zu bleiben. Um diese Wohnquartiere zu ermitteln und angemessen zu schützen, fordern wir eine neue Stelle in der Stadtverwaltung. Ihre Aufgabe ist es, Soziale Erhaltungssatzungen vorzubereiten. Mit Hilfe dieser Satzungen ist es u.a. möglich, mieterhöhungswirksame Modernisierungsmaßnahmen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und geplante Abrisse unter einen kommunalen Genehmigungsvorbehalt zu stellen.

Zum Erhalt von Wohnraum fordern wir die konsequente Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW in Witten. Dieses Gesetz verpflichtet die Gemeinden, auf die Beseitigung von Missständen an Wohnraum hinzuwirken und geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu zählen Anordnungen, Ersatzvornahmen und die Verhängung von Bußgeldern. Wir verlangen dabei, dass sich Maßnahmen nicht gegen die Mieter\*innen richten. Die erforderlichen Gelder zur Beseitigung der Missstände müssen vielmehr bei den Vermieter\*innen eingetrieben werden. Bei unvermeidlichen Unbewohnbarkeitserklärungen ist angemessener Ersatzwohnraum zu beschaffen. Es muss zukünftig eine systematische Beobachtung der Entwicklung in problematischen Wohnquartieren in Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen betroffener Bewohner\*innen erfolgen. Dazu ist eine zusätzliche Planstelle bei der Stadt Witten einzurichten.

◀ 18. Der **öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV)** soll erhalten bleiben und dem Bedarf entsprechend weiter ausgebaut werden. Insbesondere muss das ÖPNV-Netz weiter ausgebaut werden, damit alle

**Öfter, besser,  
kostenlos:  
Bus und Bahn.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Stadtteile und neu entstandene Siedlungsgebiete in Witten und im Kreis gut eingebunden werden. Für die Mitfahrmöglichkeiten behinderter Menschen sollen einzig absenkbare Busse und Niederflurbahnen eingesetzt werden. Der ÖPNV kann bei einem guten Ausbau einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Reduzierung von Immissionen leisten. Wir fordern einen **Nulltarif** für Fahrten in der Stadt Witten. Nur so können wir den Umstieg vom Auto auf die Bahn und den Bus wirklich fördern.

Der Nahverkehrsplan des Ennepe-Ruhr-Kreises bildet die Grundlage. In Witten darf es keinen Abbau der Verkehrsdienstleistungen z. B. in den Außenbereichen aus Spargründen geben.

Für **Fahrräder** müssen an großen Straßen Fahrspuren eingerichtet werden. Der Radverkehr muss in Witten sicherer werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass viele Wittener\*innen gerne auf das Rad umsteigen. Witten darf nicht länger eine „Autostadt“ sein!

◀ 19. Der menschengemachte **Klimawandel** setzt sich ungebremst fort und droht zur Klimakatastrophe zu werden. Durch die Verbrennung großer Mengen von Kohle, Gas und Öl in den letzten zwei Jahrhunderten ist zu viel CO<sub>2</sub> freigesetzt worden. Hinzu kommen erhebliche Mengen des wesentlich klimaschädlicheren Methans, die beispielsweise bei der Gasförderung freigesetzt werden.

Die Folgen sind Klimaänderungen. Diese zeigen sich u.a. in einer kontinuierlichen durchschnittlichen Temperaturerhöhung, verstärkten Überflutungen, Starkregenfällen, Stürmen und Tornados sowie vermehrten Hitzetagen im Sommer. Damit zerstören wir unsere eigene Lebensgrundlage. Daher müssen wir jetzt handeln.

Um für alle Menschen eine gute Zukunft zu gestalten, müssen sofort Maßnahmen für eine Reduktion der Emissionen von klimaschädlichen Spurengasen ergriffen werden.

**#System  
Change statt  
Klimawandel.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**



Beispiele dafür vor Ort können sein: Förderung regenerativer Energien auf dem Wittener Stadtgebiet, Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, Förderung einer angepassten Landwirtschaft, Anpflanzen von Bäumen und die Begrünung der Hausfassaden und Hausdächer. Wir fordern auch, dass die Stadt Witten entsprechend zum Vorgehen der Stadt Tübingen eine Pflicht einführt, gemäß der alle neuen Bauvorhaben grundsätzlich mit einer Photovoltaik-Anlage auszustatten sind. Auch Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Verkehrs müssen ergriffen werden. Die Wertschätzung des Fuß- und Fahrradverkehrs sowie des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) werden von uns in das Zentrum der weiteren Verkehrsentwicklung in der Stadt Witten gestellt. Das bestehende Klimaschutzkonzept der Stadt Witten ist daher grundlegend zu überarbeiten und durch ambitionierte Maßnahmen zu ergänzen.

**Vorfahrt  
fürs  
Fahrrad.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Wir wollen, dass der Stadtrat einen eigenständigen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz einrichtet mit weitreichenden Zuständigkeiten. Das Konzept des bisherigen Ausschusses für Stadtentwicklung und Umweltschutz hat sich nicht bewährt. Regelmäßig waren die Umwelt- und Klimaaspekte im Vergleich mit dem Interesse an weiteren Bebauungen nachrangig.

◀ 20. Maßnahmen zur **Anpassung an den Klimawandel** müssen umgehend eingeleitet werden. Dem in der Erstellung befindlichen Konzept Klimafolgenanpassung müssen schnellstens konsequente Schritte folgen.

**Energie:  
Schluss  
mit Kohle.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Das Kanalnetz muss besser auf Starkregenfälle ausgelegt sein. Wittener Bachläufe sind zu renaturieren, soweit dies möglich ist. So können sie sich bei großem Wasserzulauf entsprechend ausweiten. Es darf keine Bebauung in potentiellen Überschwemmungsgebieten erfolgen.

Auf der Grundlage der nun veröffentlichten Starkregen-Gefahrenkarten ist ein Konzept zum Überflutungsschutz zu entwickeln, welches auch über Bebauungspläne umgesetzt wird.

Stark bebaute Stadtbereiche sollen grüne Inseln erhalten, um die Temperaturentwicklung an Hitzetagen erträglicher zu gestalten. Vor dem Hintergrund verstärkter Hitzeperioden sind verstärkt öffentlich zugängliche und nutzbare „Wasserplätze“ im öffentlichen Raum (Brunnen, Wasserspielplätze, Trinkwasserbrunnen etc.) zu schaffen.

Es ist ein Konzept zu entwickeln, wie insbesondere bei älteren Mitbürger\*innen hitzebedingten Erkrankungen vorgebeugt werden kann.

Die Stadt Witten muss ihre Stadtplanung auf die Verhinderung von Wärmeinseln bzw. die Minderung der Aufheizung von städtischen Gebieten ausrichten. Dazu gehören der Erhalt von Kaltluftschneisen und ihre weitere Entwicklung, eine konsequente Entsiegelung von Flächen, die Schaffung weiterer Grünflächen sowie die nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des Baumbestandes.

Sowohl die Maßnahmen zum Klimaschutz als auch zur Anpassung an den Klimawandel müssen sozial gerecht umgesetzt werden.

◀ 21. Die Wittener Innenstadt ist durch ein betontypisches Grau geprägt. Der verbaute Rathausplatz,



ein öder Berliner Platz und Parkplätze auf der Kornmarkfläche sind Dokumente dieser verfehlten Stadtentwicklungspolitik. DIE LINKE. fordert eine **konsequente Begrünung** der Innenstadt, Freiflächen und Wasserspiele, die zum Verweilen einladen und weitere Spielplätze für Kinder in der Innenstadt.

**Für den Kornmarkt fordern wir seit 2012 die Schaffung einer „Grünen Oase“**, z. B. mit dem Konzept eines Mehrgenerationenparks mit folgenden Elementen: Anlage einer Grünfläche mit Bäumen und Sträuchern, die Aufstellung zahlreicher wetterfester Bänke, die Anlage von Kinderspielmöglichkeiten, die Aufstellung des Sackträgerbrunnens und von Fahrradständern für Radtourist\*innen sowie die Einrichtung eines kleinen Cafés als Integrationsbetrieb. Auf eine Flächenversiegelung ist soweit wie möglich zu verzichten. Auf eine weitergehende Bebauung wird verzichtet. Dies würde der Entstehung einer Wärmeinsel entgegenwirken und zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt beitragen.

◀ 22. Die Stadt Witten setzt auf die Ansiedlung überdimensionierter Supermärkte statt auf die Entwicklung **kleiner, mittelständisch geprägter Einkaufszonen**.

Gerade das Wickmann-Gelände zeigt, dass Wild West als Prinzip einer Bebauung zu riesigen Parkplätzen ohne Aufenthaltsqualität führt. Ohne einen Bebauungsplan durfte der Investor jeden Anbieter bauen lassen. Es gibt kein Grün und keine Fassadenbegrünung. Der Platz wurde „verschenkt“. Es gibt bis heute keine wirksamen Konzepte zur Verkehrsführung und zur Lärmreduzierung. Es gibt keine Spielplätze, sondern nur eine öde Teerfläche und Läden. Es ist ein Musterbeispiel für eine triste Bebauung, die wir SPD und CDU verdanken.

Bebauungspläne in Witten müssen immer auch die Wünsche der Anwohner\*innen z. B. nach Lärmschutz und mehr Grün aufnehmen. Arrogant einseitig die Wünsche der finanzstarken Investoren gegen die Nachbar\*innen neuer Projekte durchzusetzen, muss ein Ende haben!

◀ 23. Es müssen wirkungsvolle Maßnahmen zur Erreichung der bestmöglichen **Luftqualität** in Witten ergriffen werden. Kurzfristig müssen zur dauerhaften und sicheren Einhaltung des europäischen Grenzwerts für Stickstoffdioxid in der Ruhrstraße Maßnahmen ergriffen werden, die wirklich zur Reduktion der gesundheitsschädigenden Belastungen führen. Wir fordern, Teile der Innenstadt, u. a. große Teile der Ruhrstraße, zur Fußgängerzone umzugestalten. Die Stadt muss sich auch aktiv an immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren in anderen Kommunen beteiligen, die für den Ausstoß von Stickoxiden von Bedeutung sind und die Hintergrundbelastung in Witten erhöhen können. Zudem müssen zusätzliche Maßnahmen bei der Industrie in Witten erfolgen. Wir wollen, dass die Stadt im Interesse der Gesundheit der Anwohner\*innen auch im Umfeld der Ruhrstraße Messungen von Stickstoffdioxid durchführt.

**Reduzierung  
des Ausstoßes  
von Stickoxiden**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Gesundheit ist ein Menschenrecht! Wir fordern zudem ein stadtumfassendes Konzept, um eine konsequente Reduzierung der Schadstoffe, die in den europäischen Luftreinhalt Richtlinien aufgeführt sind, zu erreichen.

◀ 24. **Lärm macht krank!** Das gilt in besonderem Maße für Straßenverkehrslärm. Die Folgen sind Stress für den menschlichen Körper, Beeinträchtigungen des Herz-Kreislaufsystems, Bluthochdruck und ein erhöhtes Herzinfarkttrisiko.



# Mehr Gesundheit durch Lärmschutz!

## Wann, wenn nicht jetzt?

Wir wollen, dass sich die Stadt Witten hinsichtlich des Straßenverkehrslärms zukünftig an niedrigen Immissionswerten, wie denen der Weltgesundheitsorganisation orientiert. Dies gilt gerade, wenn durch Projekte, die durch Bebauungspläne realisiert werden sollen, neuer Lärm hervorgerufen werden kann oder sich eine bereits jetzt problematische Situation, weiter verfestigt. Für Gebiete mit bereits bestehenden Lärmbelastungen müssen aktive Maßnahmen zur Entlastung ergriffen werden. Ein wesentliches Mittel dabei sind Verkehrsberuhigungen. Diese sind beispielsweise bei der Straße

Bebbelsdorf vorzunehmen. Durch die Einengung der Zufahrten, ein LKW-Durchfahrtsverbot und die Einrichtung einer Fahrradspur ist der Charakter der Anliegerstraße zu stärken. Die Zahl der Durchfahrten soll so gesenkt werden.

Die Lärmbelastung durch die Autobahnen rings um Witten ist zu untersuchen. Durch die ständig steigende Zahl an Fahrzeugen leiden die Anwohner\*innen immer mehr unter dem dadurch erzeugten Lärm. Mit Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den benachbarten Autobahnen kann zumindest eine Reduzierung des Lärms erreicht werden.

◀ 25. DIE LINKE. fordert die Entwicklung und Nutzung von **Gewerbeflächen**, die gemeinsam mit benachbarten Kommunen entwickelt werden, um den Druck von den Wittener Flächen zu nehmen.

Die jetzigen Planungen des Regionalverbands Ruhr, RVR, am Vöckenberg in Witten große Ackerflächen mit wertvollem Boden für ein Gewerbegebiet zu opfern, lehnt DIE LINKE. ab.

Wir benötigen auch zukünftig guten Ackerboden, um Lebensmittel vor Ort zu produzieren. Die Corona-Krise zeigte drastisch, dass die bestehenden internationalen Handelsbeziehungen z. B. für Getreideimporte von jetzt auf gleich abbrechen können. Wir müssen auch die Eigenversorgung bei Getreide soweit wie möglich erhalten.

Ist der Boden erst versiegelt und bebaut, wird er seine bestehende Qualität nicht mehr zurückerhalten!

Auf dieser Fläche wird zudem Kaltluft für die Innenstadt gebildet. Um die kommenden Hitzesommer in der Wittener Innenstadt etwas besser aushalten zu können, dürfen die bestehenden Kaltluftschneisen nicht zerstört werden. Die jetzt noch bestehende Schönheit des Landschaftsbilds rings um Stockum wäre ebenfalls für immer weg!

Gewerbegebiete sollen nur noch flächensparend und soweit möglich als Mehretagenbauten entwickelt werden. Große Parkplätze und nur eine Etage als Gebäude ohne Fassaden- und Dachbegrünung, wie jetzt bei der Entwicklung der Flächen auf Drei-Könige, sind abzulehnen. Dies sind die Konzepte der Vergangenheit.

**Ökologische und klimafreundliche Planungen wollen wir jetzt umsetzen, um unsere Zukunft klimafreundlich zu gestalten!**

◀ 26. Bei ihrer Bebauungsplanung betreibt die Stadt Witten Umweltdumping. Um die **Natürlichen Lebensgrundlagen** bestmöglich zu erhalten, darf es keinen Verzicht mehr auf Umweltberichte sowie auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gegenüber Investoren geben. Wir lehnen die Anwendung der Schlupflöcher des Baugesetzbuchs, wie sie die Stadt Witten ständig zugunsten privater Investoren anwendet, ausnahmslos ab.



◀ 27. **Boden** ist kein vermehrbares Gut. Deshalb muss mit ihm sorgsam umgegangen werden. Witten ist hingegen davon geprägt, immer weiter den Freiraum zu bebauen und zu versiegeln. DIE LINKE. fordert daher, bei einer neu zu versiegelnden Fläche im gleichen Maße bisher versiegelte Fläche durch den jeweiligen Investor entsiegeln zu lassen.

◀ 28. Für DIE LINKE. ist es unverantwortbar, dass in Witten nicht sichergestellt ist, dass **Altlastenflächen** von einer Bebauung freigehalten werden. Wir fordern, dass dem Rat und dem Umweltausschuss der Stadt Witten unaufgefordert alle Daten über beseitigte und verbleibende Schadstoffbelastungen in Baugenehmigungsverfahren übermittelt werden. Wir fordern, nicht oder unvollständig sanierte Flächen von jeglicher Bebauung freizuhalten.

◀ 29. **Fracking** bleibt eine Gefahr für Mensch und Umwelt. Wir wollen keine Technik, die das Grundwasser verseucht, Erdbeben auslöst, eine miserable Klimabilanz aufweist und eine ungelöste Abfallproblematik besitzt! Zwar sind die Aufsuchungserlaubnisse von Wintershall und der RWTH Aachen, die das Wittener Stadtgebiet überdeckt haben, derzeit erloschen. Aber 2021 überprüft der Bundestag das Verbot von Fracking im Schiefer-, Ton-, Mergel- und Köhleflözgestein und entscheidet, ob es aufgehoben wird. Dann könnten die Fracking-Pläne wieder aufleben. Die Stadt soll sich daher bei der Bundesregierung aktiv für ein Verbot von Fracking einsetzen! Wir fordern, dass sich die Stadt Witten darauf vorbereitet, den konsequenten Widerstand gegen Fracking bereits auf der Ebene der Erteilung von Bergbauberechtigungen zu führen, da diese die Voraussetzung für Fracking schaffen.

◀ 30. Die **Energiapolitik der Stadtwerke** muss reformiert werden. Der Gesamtstrommix des Unternehmens weist einen Anteil von über 3 % an Atomkraft und 12 % an Kohle aus. Wir fordern die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und den ersatzlosen Verzicht auf Kohlekraftwerke. Für uns gilt ohne Wenn und Aber: Energie aus Sonne, Wind und Wasser statt aus Atom, Kohle und Fracking.

DIE LINKE. fordert eine konsequente Ausrichtung der Stadtwerke auf erneuerbare Energiequellen. Der von den Stadtwerken zur Verfügung gestellte Strom ist kurzfristig vollständig auf regenerative Energien umzustellen.

Die Stadtwerke sind mittelbar am Kohlekraftwerk Lünen beteiligt. Wir verlangen von den Stadtwerken und der Stadt Witten, dass sie alle ihr möglichen Schritte zur kurzfristigen Stilllegung des Kohlekraftwerks unternehmen.

Kein Konzern in ganz Europa trägt mehr Verantwortung für die Klimakrise als RWE. Trotzdem trennen sich die Stadt Witten bzw. die Stadtwerke nicht von ihren RWE-Aktien. Wir fordern den Verkauf der RWE-Aktien. Zukünftig darf nur noch in nachhaltige Finanzanlagen investiert werden.

◀ 31. Der Eintrag von Plastik in die Umwelt wird zu einem immer größeren Problem. Plastikabfälle in Seen, Flüssen und Meeren schädigen die Tierwelt und wertvolle Biotope. Und für Mikroplastik verdichten sich die Erkenntnisse, dass es die menschliche Gesundheit beeinträchtigt. Daher muss die Verwendung von Plastik konsequent reduziert werden. Dies betrifft vor allem Einwegplastik.

Ausgehend vom Engagement der Bürger\*innen wurden in der Stadt Penzance im britischen Cornwall Maßnahmen zur Reduzierung der Plastikflut ergriffen. Diese bestehen u.a. aus Vergünstigungen, der Auszeichnung mit Siegeln für vorbildliche Läden, Aufklärungsaktivitäten und mehr Unverpackt-Läden. Auch in Deutschland wollen jetzt Kommunen „**plastikfreie Stadt**“ werden.





Wir fordern daher von der Stadt Witten, ein Handlungskonzept „Die Plastikflut stoppen“ zu entwickeln, in dem systematisch die konkreten Maßnahmen und ihre Umsetzungen gemeinsam mit den Bürger\*innen aufgezeigt werden.

◀ 32. Angesichts des erforderlichen Klimaschutzes, der Notwendigkeit der Anpassung an den Klimawandel, der weiter bestehenden Immissionsbelastung in den Städten sowie des Insektensterbens kommt dem Schutz von Bäumen eine zunehmende Bedeutung zu. Bäume tragen zu einem besseren Mikroklima bei, filtern Schadstoffe aus der Luft und bieten Nist- und Nahrungsmöglichkeiten für Tierarten. Daher muss der Baumbestand beibehalten und erweitert werden.

Die Koalition aus SPD und CDU in Witten hat jedoch eine entgegengesetzte Politik betrieben. Mit dem Ratsbeschluss vom März 2017 hat sie die **Baumschutzsatzung** entkernt und faktisch wirkungslos gemacht. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten nur Obstbäume (mit Ausnahme von Walnussbäumen und Esskastanien) ohne Sondergenehmigung gefällt werden. Nun gilt dies auch für Nadelbäume, Birken, Pappeln und Weiden (mit Ausnahme von Kopfbäumen). Damit fällt für diese ehemals geschützten Bäume auch die Pflicht weg, eine Ersatzpflanzung vorzunehmen.

In der Folgezeit kam es in Witten zu zahlreichen Baumfällungen. Dies muss endlich beendet werden. DIE LINKE. fordert daher, die alte Baumschutzsatzung wieder in Kraft zu setzen. Zusätzlich müssen auch Obstbäume unter Schutz gestellt werden.

◀ 33. Die Stadt Witten plant, sich mit anderen Städten an der Ruhr an der **Internationalen Gartenausstellung (IGA)** zu beteiligen. Bis 2027 sollen dafür bisher naturnahe Uferabschnitte für den Tourismus erschlossen werden. Die Nutzung der Ruhr für den Wassersport und für den Tourismus soll ausgebaut werden. Im Jahr 2027 werden dann Tausende von Touristen zur Ruhr kommen. DIE LINKE. möchte, dass die Ruhr entsprechend der Wasserrahmenrichtlinie der EU renaturiert und in ihrem natürlichen Flussbett mäandern darf. Pflanzen, Fische und Vögel sollen auch an den Ufern der Ruhr in Ruhe leben dürfen. Touristen sollten es sich auf der Ferne ansehen können, ohne die Natur zu stören. Weitere Versiegelungen im Ruhrtal für Parkplätze und Uferpromenaden haben zu unterbleiben.

◀ 34. Tiere sind Mitgeschöpfe und nicht bloße Sachen. Die **Achtung** der Tiere als Lebewesen muss im Vordergrund stehen. Skandale der letzten Wochen in Schlachtbetrieben zeigen, dass Menschen und Tiere nicht wie Waren behandelt werden dürfen.

**Massen-  
Tierhaltung  
beenden.**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

Daher setzen wir uns dafür ein, dass Tiere artgerecht gehalten werden, sowohl in Gehegen wie in der Landwirtschaft. Haltungssysteme müssen an die Tiere angepasst werden, nicht die Tiere an eine möglichst ökonomisch effiziente, aber nicht tiergerechte Haltungsform. Dazu gehört insbesondere ein ausreichend dimensionierter und an die Bedürfnisse der Tiere angepasster Platz, der ihre Gesundheit und ihre natürlichen Verhaltensweisen sicherstellt. Ein gutes Beispiel hierfür sind Betriebe der ökologischen Landwirtschaft. Die dort gehaltenen Tiere erhalten großzügig Auslauf und wesentlich mehr Platz. Die Ringelschwänze der Schweine werden nicht gekürzt: Hühnern werden die Schnäbel nicht abgeschnitten. Diese Betriebe gilt es zu unterstützen. DIE LINKE. hält den Ausbau und die Förderung ökologischer Landwirtschaft und artgerechter Tierhaltung für unverzichtbar.

Bei der Stadtplanung muss zukünftig auch an heimische Wildtiere gedacht werden. Durch die immer stärkere Bebauung und das Fehlen einer wildtierangepassten Bauweise wird die Stadtnatur gefährdet. Spatzen brauchen beispielsweise Pfützen und unversiegelte Bereiche, auf denen sie ein Sandbad nehmen können.

Und sie brauchen bei der Brut alles Lebensnotwendige im Umkreis von circa 50 bis 100 Metern. Dazu gehören auch Schutzgehölze, die es nur noch in geringem Umfang gibt. Diese Anforderungen müssten bei Planungen von Anfang an berücksichtigt werden.

Auch auf öffentlichen Grünflächen und Grünstreifen sollten bei Pflegemaßnahmen auf Flora und Fauna und die Brutzeiten Rücksicht genommen werden. Für viele Wildtiere und Insekten sind die ungekürzten Gräser, Kräuter und Büsche wichtiger Lebensraum.

Dies gilt entsprechend auch bei spezifischen Anforderungen für andere Tierarten, die einen Lebensraum erhalten sollen. Ein planvolles Mitdenken von Wildtieren und ihren Bedürfnissen ist bei der Stadtplanung unerlässlich. Die systematische Methode des „animal-aided design“ (tierunterstütztes Entwerfen) integriert die Bedürfnisse von stadtbewohnenden Tieren von Anfang an in die Stadt-, Landschafts- und Freiraumplanung. Wir fordern, dass diese Methode zukünftig bei Bebauungsplänen und Einzelbauvorhaben angewandt wird.

Die Ausweitung des Insektenschutzes durch Nutzung von städtischen Brachflächen als Wildblumenwiesen und Bienenweiden sowie der generelle Verzicht auf umweltschädliche Pestizide sollten in den zukünftigen städtischen Planungen generell verankert werden.

Über das Internet oder auf gewerblichen Tierbörsen wird eine immer größere Anzahl exotischer Tiere gehandelt und verkauft. Bei einem Großteil der Tiere handelt es sich um Wildfänge, was die Bestände in den jeweiligen Ursprungsländern gefährdet und einher geht mit hoher Sterblichkeit bei Fang, Transport und in Gefangenschaft. Die direkte Ausbeutung der Natur ist einer der Hauptgründe für das Artensterben. Und auch für den Menschen und die Gesellschaft ist eine derartige Praxis gefährlich. So geht die COVID-19-Pandemie auf den Handel und dem damit verbundenen engen Kontakt mit bzw. dem Verzehr von Wildtieren zurück. Wir fordern daher, dass sich die Stadt Witten auf der Bundesebene für ein umfassendes und sofortiges Einfuhrverbot für lebende Wildtiere einsetzt, das nur wenige, spezifische Ausnahmen zulässt.

**Gerechtigkeit wählen!**

**Wann, wenn nicht jetzt?**

Kommunalwahl am 13. September

**DIE LINKE.**



**DIE LINKE. Kandidat\*innen der Wittener Reserveliste für den Rat:**



1 Ursula Weiß




2 Ralf Huchtmeier

Weitere Infos finden Sie auf:



[www.die-linke-witten.de](http://www.die-linke-witten.de)

klimaneutraler Druck  ClimatePartner  
improving lives



3 Birgit Minke



4 Oliver Kalusch



5 Heidi Huchtmeier



6 Christian Emmel



7 Beate Albrecht



8 Tom Kempin



9 Angelika Manzke



10 Ralf Michalak







**#Wählen Sie**

**Bürgermeisterkandidatin**

**Ursula Weiß**

**Wann, wenn  
nicht jetzt?**

**Sozial:**

Dafür setze ich mich ein: Erhalt und Ausbau der sozialen Leistungen in Witten, mehr Streetworker und Ausbau der Jugendhilfe, um Jugendliche zu unterstützen, Abschaffung von Hartz IV, Mieter\*innenschutz und mehr bezahlbaren Wohnraum sowie sichere Schulen mit Hygiene und digitalen Unterrichtsmöglichkeiten für alle.

**Ökologisch:**

Wir haben nur diese eine Erde. Lassen Sie uns gemeinsam die Umwelt schützen, den Klimawandel aufhalten, den Einsatz regenerativer Energiequellen ausbauen, Biotop erhalten, die Versiegelung stoppen, den Kornmarkt zur „Grünen Oase“ machen, die Luftqualität verbessern und den Verkehrslärm reduzieren.

**Kompetent:**

Ich bin Krankenschwester und Diplom-Sozialwissenschaftlerin. Ich bin seit 30 Jahren kommunalpolitisch aktiv und seit 6 Jahren Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Witten. Ich kenne mich in allen Fachbereichen der Kommunalverwaltung aus.

Mit Ihrer Stimme können wir Witten sozialer, ökologischer und gerechter gestalten!

Fragen Sie mich: [ursula.weiss@die-linke-en.de](mailto:ursula.weiss@die-linke-en.de)

**Mehr Geld!**

**Für Schulen, Kitas  
und Gesundheit.**

Kommunalwahl am 13. September

***DIE LINKE.***